

Rede von Klaus-Rainer Rupp zur Haushaltsdebatte in der Bremischen Bürgerschaft am 24. Januar 2008

- Es gilt das gesprochene Wort-

Herr Präsident, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen,
meines Wissens hat Bremen noch keinen Sparkommissar, keinen von der Bundesregierung eingesetzten Insolvenzverwalter, der das Bundesland Bremen direkt verwaltet. Der vorliegende Haushaltsentwurf erweckt aber genau diesen Anschein.

Der Senat benimmt sich, als wäre er eine ausführende Behörde des Verfassungsgerichts oder der Gutachter der so genannten „Geberländer“. So angestrengt und musterschülerhaft ist dieser Haushaltsentwurfs. Emsig bestrebt, lediglich eine Minimalversorgung der Bevölkerung durchzusetzen, und wenn möglich auch noch weniger.

Aber meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen,
der Souverän ist das Volk. Es ist unser erster Auftrag, Schaden von ihm abzuwenden. Und genau das tut dieser Haushalt nicht. Dieser Haushalt tritt die Bremische Landesverfassung mit Füßen. Und nicht etwa, weil er eine Neuverschuldung vorsieht, die 250 Mio. über den Ausgaben für Investitionen liegt. Sondern, weil er gegen ein Dutzend Auflagen verstößt, die die Verfassung einer verantwortlichen Regierung macht.

- 1) Dass alle Menschen ein Recht auf gleiche wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungsmöglichkeiten haben, zum Beispiel.
- 2) Dass es eine Fürsorgepflicht für Kinder, Jugendliche und Familien in diesem Land gibt.
- 3) Dass es ein Recht auf Arbeit gibt.
- 4) Ein Recht auf angemessenes Wohnen. Und vieles andere mehr.

Der rot-grüne Senat und sein Haushaltsentwurf orientieren sich nicht an den verfassungsmäßigen Rechten und nicht an den drängenden sozialen Problemen dieses Landes und seiner beiden Städte. Er orientiert sich an „Karlsruhe“. Und wenn das Geld nicht reicht, um die Menschen angemessen zu versorgen, dann sind das eben Kollateralschäden.

Wir fordern einen Haushalt, der das nicht akzeptiert, einen verfassungsgemäßen Haushalt im Sinne der sozialen Rechte in unserer Landesverfassung.

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen,

der Haushaltsentwurf, den Rot-Grün vorlegt, ist ein Haushalt der Großen Koalition. Nur noch magerer und haushaltstechnisch etwas sauberer. Der Haushalt setzt den Kurs der weiteren jährlichen Kürzungen fort, er setzt den Kurs der Verarmung der Stadt und des städtischen Lebens fort.

An dieser Stelle sei ein Rückblick auf die so genannte Sanierungspolitik und die Politik der Großen Koalition erlaubt. Sie haben verkündet, es wird weniger Arbeitslosigkeit geben, aber zu keinem Zeitpunkt des Sanierungszeitraums gab es eine signifikante, geschweige denn nachhaltige Abkopplung vom Bundestrend.

- 1) Sie haben verkündet, Bremen wird Schulden abbauen, aber wir haben 2007 deutlich mehr Schulden als zu Beginn des Sanierungszeitraums.
- 2) Sie haben verkündet, die Investitionen werden mehr Einnahmen generieren, aber ich habe noch die mittelfristigen Finanzpläne der letzten 10 Jahre auf meinem Rechner, die sich vor allem durch eins auszeichnen: durch nicht realisierte Mehreinnahmen.
- 3) Sie haben verkündet, Bremen wird mehr EinwohnerInnen haben, aber auch wenn es derzeit nicht mehr ganz so rapide abwärts geht, hat das Land Bremen heute deutlich weniger EinwohnerInnen als zu Beginn des Sanierungszeitraumes.

Stattdessen haben sie öffentliches Eigentum im Wert von mehr als 2 Mrd. Euro verscherbelt, für schon nahezu sprichwörtliche Investitionsruinen gesorgt, mehrere Tausend Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst vernichtet, große Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert bzw. verehrenamtlicht und den Rest in einem nahezu handlungsunfähigen Zustand hinterlassen.

Jetzt sagen einige von Ihnen, „wenn wir das alles nicht gemacht hätten, sähe alles viel schlimmer aus“. Kann sein, dass das stimmt, was ich bezweifle; sie haben aber damals nicht gesagt, „Wir wollen Schlimmeres verhindern“, sondern: „Wir wollen, dass es besser wird.“ Gemessen an ihren eigenen Zielen haben sie also schlichtweg versagt.

Und was schlimmer ist: Wir haben möglicherweise jetzt genau den Zustand von Gesellschaft, die die Große Koalition und die Apologeten eines neoliberalen Minimalstaates angestrebt haben.

Das gilt insbesondere für die CDU in diesem Haus, die mit dem Kollegen Röwekamp sicher einen akribischen Kenner des Haushaltes vorweisen kann, der den Finger in eine Reihe handwerklicher Fehler legen kann – nur, dass er und die CDU weit davon entfernt sind, auch nur den Hauch von Erkenntnis aus den Fehlern der Vergangenheit zu gewinnen. Die SPD und die Grünen haben angekündigt, mit der Politik der Großen Koalition zu brechen.

Aber meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen,

der einzige Unterschied, den der rot-grüne Senat macht, ist die geschicktere Inszenierung.

Da wird z.B. erst Panik geschürt mit dem so genannten „Anpassungskonzept“, der Kürzung von 400.000 Euro im Bereich der freien Jugendverbände, und dann wird mit großem Tamtam verkündet: Wir sind sozial, das geht mit uns nicht, das nehmen wir zurück. Und alle anderen Kürzungen im Sozialhaushalt bleiben drin. Die Mütterzentren werden gekürzt. Die Spielplätze werden jetzt von Ein-Euro-Kräften betreut. Um nur zwei Beispiele zu nennen.

Da werden die Sozialausgaben „angehoben“ auf 580 Mio. Aber das ist gar keine Anhebung. Das Geld hat die Große Koalition auch ausgegeben, genau diese Summe. Sie hat nur zunächst weniger in den Plan reingeschrieben. Ansonsten wird das so genannte „Sparen und Investieren“ fortgesetzt. Mit etwas weniger „Investieren“ und noch mehr „Sparen“, und zwar in den Bereichen Soziales, Arbeit, Bildung, Kultur und öffentlicher Dienst.

Das unausgesprochene Leitbild des rot-grünen Senats ist eine Gesellschaft, die sich langfristig auf Armut und Perspektivlosigkeit eines Großteils ihrer Bevölkerung einrichtet und sich darauf beschränkt, die Folgen dieser Armut zu kontrollieren.

Die Folgen der Armut kontrollieren heißt für Rot-Grün, kostengünstig dafür zu sorgen, dass der ökonomisch gescheiterte Teil der Gesellschaft befriedet und unauffällig gehalten wird, ohne den ökonomisch erfolgreichen Teil der Gesellschaft allzu sehr zu behindern und zu verunsichern.

Ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung und die Modellrechnungen bis zum Jahr 2020 reicht, um zu erkennen, dass die Kursänderung bestenfalls graduell ist, keineswegs strukturell. Dieser Haushaltsentwurf ist weder rot noch grün, er ist ein Entwurf der sozialen Kälte. Er ist so schattig, das einem schon friert, wenn man nur die Zahlen betrachtet.

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen,

Armut ist die schlimmste Form von Schulden. Ich erinnere mich noch gut an den Zwischenruf des Kollegen Buhlert (FDP): „Auf Schuldenbergen können Kinder nicht spielen.“ Stimmt. Auf den Ruinen der Sanierung können Kinder aber auch nicht spielen. Kinder brauchen Spielplätze, so einfach ist das. Und sie brauchen Personal. Und Instandhaltung. Und Betreuung.

Dieser Haushaltsentwurf sagt ganz offen: Leute, kriegt erst gar keine Kinder mehr hier in Bremen, das ist der beste Beitrag zur Sanierung. In 50 Jahren, wenn wir saniert sind, dann können wir ja welche kaufen.

In welchem Zustand diese Stadt und dieses Bundesland sind, um das zu sehen, müssen Sie gar nicht auf mich hören. Die Menschen kommen nicht mehr klar, die Organisationen kommen nicht mehr klar, die Nachbarschaften kommen nicht mehr klar. Das können Sie lesen im Armutsbericht der Arbeitnehmerkammer. Das können Sie lesen im Bericht über Kinder in Hartz-IV-Familien in Bremen. Das können Sie lesen in den Berichten des Gesundheitsamtes über die fortschreitende soziale Spaltung dieser Stadt. Das können sie im Weserkurier lesen. Tatsache ist, Je nachdem, in welchem Stadtteil ein Mensch lebt, stirbt er bis zu vier Jahre früher.

Das ist die Realität dieser Stadt. Bremen ist laut Armutsbericht die einzige deutsche Stadt neben Berlin, wo es Jugendbanden gibt, die anfangen, ihre Straßen wirklich gewaltsam zu kontrollieren. Das ist das Zeichen für ein Gemeinwesen, das kippt. Und da können sie jetzt natürlich Polizei reinschicken. Doch das wird kein Problem lösen.

Es zeigt nur, dass mehr und mehr Jugendliche in dieser Stadt längst die Hoffnung aufgegeben haben, wir hätten ihnen noch irgendetwas zu bieten. Und das sind die Schulden, die Armut aufhäuft. Wie wollen Sie denn das noch zurückholen in ein paar Jahren, wenn Sie jetzt tatenlos zusehen, dass sich feste Armutsgebiete bilden, dass Generationenzirkel von Armut entstehen?

Wir müssen endlich lernen, dass Armut mehr ist als der Mangel an materiellen Mitteln zum Lebensunterhalt.

- 1) Armut ist keine Niedrigversorgung, sondern eine Unterversorgung.
- 2) Armut bedeutet auch Mangel an kultureller und sozialer Substanz, Mangel an bezahlter und anerkannter Arbeit, Mangel an Perspektive und Zuversicht, usw.
- 3) Armut heißt auch, Armut an Chancengleichheit, sie zerstört den sozialen Zusammenhalt.
- 4) Armut heißt auch, Armut an gesellschaftlicher Teilhabe, sie gefährdet Demokratie.
- 5) Armut heißt auch, Armut an Gleichberechtigung, sie verspielt die Aussichten auf solidarische, zukunftsfähige Lebens- und Arbeitsweisen für Frauen und Männer.

Und Armut ist kein statischer Zustand. Die Studie der Arbeitnehmerkammer weist nach: Wir haben es mit stadtteilbezogenen, sich selbst verstärkenden Armutsprozessen (und entsprechend wechselwirksamen Prozessen von Reichtumskonzentration) zu tun.

Dazu ein Beispiel aus der Studie: In Stadtteilen, in denen es schon immer viele Sozialhilfeempfängerinnen bzw. ALG-II-BezieherInnen gab, wurden diese mehr. In Stadtteilen mit wenig Sozialhilfeempfängerinnen bzw. ALG-II-BezieherInnen, wurden diese weniger.

Der rot-grüne Haushalt akzeptiert diese verheerende Abwärtsspirale von sich selbst verstärkender Armut. Statt Armutsbekämpfung findet Armutsbeaufsichtigung statt. Das beschäftigungspolitische Aktionsprogramm wollen Sie um 18 Mio. kürzen. Das ist gerade mal die Hälfte von dem, was – pro Kopf gerechnet – Städte wie Hamburg, Berlin oder München für Beschäftigungsprogramme ausgeben. Dafür steigern Sie dann die aufsuchende Sozialarbeit um 22 Mio. Und in zwei Jahren machen sie konsequenterweise wahrscheinlich so weiter.

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen,

wir wissen genau, was es kostet, wenn wir eine Lehrerin oder einen Sozialarbeiter zusätzlich einstellen. Was wir nicht wissen, und was in diesem Haushalt auch gar niemanden kümmert, ist: Was kostet es uns eigentlich, wenn wir diese Kraft nicht einstellen? Was passiert dann? Welche Auswirkungen hat das auf Bildungskarrieren, auf Nachbarschaften, auf Familien, auf soziale Hoffnung? Was passiert in den Stunden, wo Kinder hier nicht mehr adäquat betreut werden? Was fängt da an, was wir später nicht wieder aufhalten können?

Ich möchte daran erinnern: Als diese Stadt schockiert war über den vermeidbaren Tod des kleinen Kevin, hat der Präsident des Senats, Jens Böhrnsen, gesagt: Das Geld, das wir brauchen, um solche entsetzlichen Vorfälle zu verhindern, das müssen wir haben. Notfalls bauen wir eben eine Straße weniger. Dafür gab es viel Beifall, auch meinen.

Aber in der jetzigen rot-grünen Regierung hat sich Jens Böhrnsen damit offenbar nicht durchsetzen können. Sie geben, nach dem Willen dieses Haushaltsentwurfs, zukünftig 29 Mio. mehr für Straßenbau aus. Dafür kürzen wir die Wohnraumförderung um 6,5 Mio., sparen 8 Mio. bei den Schulen ein, kürzen 3 Mio. bei diversen Leistungen im Bereich Jugend und Soziales. Das ist nicht das, wofür Rot-Grün vor acht Monaten gewählt worden ist!

Diese Armutsprozesse kann man nicht stabilisieren, man muss sie stoppen. Wenn wir ein Dokument brauchen, um den Zustand dieses Landes zu belegen, dann schicken sie den Armutsbericht nach Karlsruhe.

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen,

nun werden Sie nicht müde zu wiederholen: „Wir müssen aber in Karlsruhe gewinnen. Wir müssen den Gürtel noch enger schnallen, damit wir die Chance behalten, hier Mittel zur Entschuldung rauszuschlagen“.

Mal ganz davon abgesehen, das ich davon überzeugt bin, dass Bremen vor dem BVG nicht durch vorauseilenden Gehorsam gewinnen kann, das Urteil des BVG zu Berlin lässt das mehr als vermuten – diese Haltung wird nicht reichen. Der Glaube, allein die Übernahme der Altschulden würde uns langfristig retten, ist ein Irrglaube. Schon bei der „Sanierung“ 1994 bis 2004 reichten die Bundesergänzungsmittel gerade aus, dass man davon die Zinsen bezahlen konnte.

Und wenn womöglich in Berlin ausgehandelt werden sollte, dass es eine Entsorgung der Altschulden gibt und im Gegenzug ein Verbot, weitere Schulden aufzunehmen, dann sind wir als Bundesland tot. Dann brauchen die Steuereinnahmen nur wieder auf das Niveau von 2005 zu sinken, und Sie können ein Siebtel des Haushaltes rauskürzen. Dann ist hier die Hölle los.

Wir müssen aufhören so zu tun, als wenn wir uns mit ein wenig Entschuldungshilfe berappeln könnten. Und wir müssen aufhören, vor Karlsruhe zu kriechen und damit einen Haushalt zu rechtfertigen, der diese Stadt kaputtmacht. Was kann denn ein Kind, das zu Beginn der Großen Koalition 1994 geboren wurde, dafür, dass die Schulden in diesem Zeitraum nicht geringer geworden sind? Hat das über seine Verhältnisse gelebt? Nein, sicher nicht.

Nicht nur, aber auch deswegen muss das Bundesland Bremen den Kotau vor Karlsruhe endlich beenden.

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen

Für die Haushaltskrise in Bremen gibt es nur eine langfristige Lösung: Bremer Haushalts- und Finanzpolitik muss den Konflikt mit dem Bund führen. Nicht nur in Karlsruhe, sondern zunächst mal im Rahmen der Föderalismusreform.

Wir brauchen eine gerechte Anerkennung des bremischen Ausgabenniveaus, dazu gehört u.a.:

- 1) Eine Rückkehr zu einem LFA auf ein Ausgleichsniveau von 100%, einen LFA, der einen solidarischen Föderalismus und nicht einen Konkurrenz-Föderalismus fördert.
- 2) Eine neue Art der Steuerzerlegung, die zu 50% nach dem Wohnort und zu 50% nach dem Arbeitsstättenprinzip erfolgt. Das würde im Übrigen auch die Wirtschaftskraft unseres Bundeslandes besser bewerten.
- 3) Eine Anerkennung der Hafenlasten mit einer deutlich höheren Bundesbeteiligung.
- 4) Eine Einwohnerwertung, die den heutigen Entwicklungen Rechnung trägt.

Die so genannte Einwohnerveredelung im Länderfinanzausgleich ist ja keine Wohltat der angeblich so romantischen und spendablen 70er Jahre. Die gab's schon in der Weimarer Republik und im alten Preußen. Und wenn Bremen eine Großstadt in Baden-Württemberg wäre, dann hätten wir eine Einwohnerveredelung von 175 % statt der 135 %, die wir haben.

In Fragen der Föderalismusreform müssen wir auf Bundesebene für eine gerechte Besteuerung von Vermögen und Unternehmensgewinnen eintreten:

- 1) Allein die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer, die den Namen verdient, würde Bremen zwischen 100 und 200 Millionen Euro Mehreinnahmen bringen.
- 2) Eine solidarische Reform der Erbschaftsteuer bedeutet weitere Mehreinnahmen.
- 3) Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und eine gerechtere Besteuerung von Unternehmensgewinnen würden ein Übriges tun.

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen!

Auf einen Erfolg dieser Bemühungen können wir nicht warten und eine Akzeptanz der gegebenen Bedingungen wäre Wasser auf die Mühlen derjenigen, die solche Bemühungen konterkarieren.

- 1) Was wir brauchen, ist jetzt ein Haushalt, der Armut nicht verwaltet und beaufsichtigt, sondern bekämpft.
- 2) Wir brauchen ein Beschäftigungsförderungsprogramm, das seinen Namen verdient.
- 3) Wir brauchen Investitionen in ein sozial gerechtes, sozial sicheres Schulsystem.
- 4) Wir brauchen einen konsequenten Ausbau der Netze sozialer Sicherung.
- 5) Und natürlich brauchen wir eine klare Regelung gegen jede Form von Zwangsumzügen.

Das ist ein Gebot der ökonomischen Vernunft. Wir brauchen Geld für die Quartiere und für die sozialen und kulturellen Initiativen. Wir brauchen Geld, um ernsthaft über die Rekommunalisierung von privatisierter öffentlicher Daseinsvorsorge zu reden. Dafür ist Rot-Grün eigentlich gewählt worden. Nicht für die Fortschreibung der Finanzpolitik der Großen Koalition.

Und ich will gar nicht nur vom Geld reden. Sehen Sie sich mal die Personaleinsparungsquoten an, die Sie da planen. Allein hier in der Bürgerschaft geht es in den nächsten vier Jahren laut Plan um ein Fünftel runter. Und glauben Sie nicht, das ließe sich damit auffangen, dass wir uns hier dann unseren Kaffee selber kochen. Gut 700 Stellen soll der öffentliche Dienst in diesem Zeitraum abbauen. Auch das ist ein substantieller Beitrag zur Verarmung einer Stadt.

Die Situation ist in vielen Bereichen schon sehr schlimm. Verarmung als selbst verstärkender Prozess findet statt. Soziale Segregation findet statt. Kulturelle Verödung findet statt.

Das mindeste, was man von einem Haushalt für die nächsten zwei Jahre erwarten kann, ist, dass die Steuermehreinnahmen eingesetzt werden, um ein weiteres Abkippen der sozialen Lage zu verhindern.

Das ist es, was die LINKE von diesem Haushalt erwartet. Das reicht sicher nicht, um alle Prozesse umzukehren, die in den letzten 13 Jahren eingeleitet wurden. Aber es reicht vielleicht, um die Grundlagen eines funktionierenden Sozialwesens und die Reste von politischer Gestaltbarkeit zu erhalten. Gestaltet wird nämlich gar nichts mehr. Wir streben ja in allen Bereichen nur noch nach den Mindeststandards. Für eigene Ansätze und Anstrengungen ist längst kein Platz mehr. Wenn das so ist, dann braucht auch niemand mehr ein Bundesland Bremen. Das macht nur Sinn, wenn man es auch gestaltet, und wenn man den Verfassungsauftrag zur sozialen Entwicklung unserer Stadt ernst nimmt und ihn vor die fiskalische Sanierung stellt.

Der vorliegende Haushalt sagt: Wir haben diese Stadt jahrelang bis auf die Knochen heruntergespart. Und jetzt haben wir ein paar hundert Millionen mehr Steuereinnahmen. Natürlich sparen wir die auch noch! - Das ist zynisch und unhaltbar. Wir müssen hier mit einem Haushalt rausgehen, bei dem wir nicht erschrecken, wenn uns in zwanzig Jahren jemand drauf anspricht: Was habt ihr da eigentlich gemacht? Wart ihr das? Mit dem vernünftigen Einsatz der Steuermehreinnahmen für Ausgaben im Bereich Soziales, Bildung, Kultur, Arbeit kann ein Teil des Kahlschlags der Großen Koalition verbessert werden, kann verhindert werden, dass die Prozesse von Armut, sozialer Hoffnungslosigkeit und kultureller Frustration, die um sich greifen, zumindest verlangsamt werden. Damit würden soziale Schulden vermieden, die die Schulden in Geld deutlich überstiegen und letztendlich wieder zu Schulden in Geld werden.

Es würde auch ein Zeichen setzen, dass wir anfangen, uns gemeinsam zu wehren, und dass wir nicht mehr bereit sind, Sanierung auf den Knochen unserer Kinder und auf Kosten eines lebensfähigen Gemeinwesens zu betreiben.

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen!

Haben wir Mut. Nehmen wir die Steuermehreinnahmen, um uns dringend notwendige finanzielle Spielräume zu öffnen.

- 1) Spielräume, um die sich verstärkenden Armutsprozesse zu bekämpfen und die dazu notwendigen sozialen Instandhaltungsinvestitionen zu tätigen.
- 2) Spielräume, um auch die dringenden Investitionen zu tätigen, die notwendig sind, um gegen die drohende Klimakatastrophe vorzugehen.

Diese Investitionen werden sich für künftige Generationen rechnen. Und haben wir Mut, auf Bundesebene für gerechte Steuern und einen gerechten LFA einzutreten. Dann haben das Land Bremen und die Menschen in Bremen eine Zukunft.